

Deutscher Bundestag
Fraktion CDU
Fraktion FDP
Per Mail:

In Kopie an:

Fraktion SPD/ Fraktion DIE LINKE/ Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

Abgeordnetenhaus Berlin
Fraktion SPD
Fraktion DIE LINKE
Per Mail:

In Kopie an:

Fraktion SPD/ Fraktion DIE LINKE/ Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

Berlin, 2010-09-07

Offener Brief des Bündnisses „Rechtspopulismus stoppen“

Betreff: *Kein Podium für Rassist_innen in Deutschland!
Einreiseverbot für Geert Wilders!*

Sehr geehrte Mitglieder der Bundesregierung,
Sehr geehrte Mitglieder des Bundestages,
Sehr geehrte Mitglieder des Berliner Senats,
Sehr geehrte Mitglieder des Abgeordnetenhauses Berlin,

Das Bündnis „Rechtspopulismus stoppen“ fordert Sie auf, alle Mittel und Wege zu prüfen, die Einreise des Rassisten Geert Wilders nach Deutschland zu verbieten. Unterstützung erhoffen wir uns dabei von allen Bundestags- und den Abgeordnetenhausfraktionen in Berlin, die unser Ziel: „Kein Podium und keine Stimme für Rechtspopulist_innen, Rassist_innen und Neonazis“ teilen.

Wir teilen die Begründung des Innenministeriums von Großbritannien, dass Wilders mit rassistischen Äußerungen regional wie europaweit Ängste zu schüren und Hass zu säen versucht, um über eine Spaltung der Gesellschaft ganze Bevölkerungsgruppen auszugrenzen. Auch wenn ein Londoner Gericht das erfolgreich durchgesetzte Einreiseverbot für Wilders im Nachhinein zurückgenommen hat, ist diese juristische Entscheidung für Deutschland nicht bindend.

Ein mandatsbezogenes Recht auf Einreise ist nicht gegeben, wie eine Stellungnahme der Europäischen Kommission deutlich macht. Danach unterscheidet das Recht auf Freizügigkeit in der EU nicht nach Mandat oder Status der einreisenden Person, sondern bezieht sich ausschließlich auf den Bürger als "private Person" (<http://www.euractiv.de>, 24. Juni 2010). Darüber hinaus sind in diesem Falle die Einladenden im Gegensatz zu Großbritannien keine Vertreter_innen einer Partei, sondern die Einladung erfolgte im Namen der rechtspopulistischen selbsternannten Bürgerbewegung „Pax Europa“ sowie des als rassistisch bekannten Weblogs „politically

incorrect“ (pi-news). Hier kann die Bundesregierung einen realen Beitrag zur viel beschworenen Zivilcourage gegen Rassismus leisten und durch ein Einreiseverbot mit positivem Beispiel vorangehen.

Uns ist bewusst, dass so ein Schritt keine gesellschaftliche Debatte bzw. die Auseinandersetzung mit völkisch-nationalistisch und/ oder religiös-fundamentalistisch und/oder rassistisch motivierten menschenverachtenden Ideologien und Denkweisen ersetzt.

Wilders wird aber, wenn es kein Einreiseverbot gibt, auf Einladung von „Pax Europa“ und „pi-news“ am 02. Oktober 2010 nach Berlin kommen. Die Intention ist, einen Tag vor dem „Tag der offenen Moschee“ an einer Veranstaltung in Berlin teilzunehmen. Schon in den letzten Jahren rief Pax Europa zu Kundgebungen im Rahmen dieses Tages auf, um gegen die „Okkupation“ des 03. Oktobers als „Tag der Offenen Moschee“ und eine vermeintliche „Islamisierung“ der Gesellschaft zu protestieren (Aufruf 2009).

Unter dem Deckmantel von Islamkritik sowie Frauen- und Bürger_innenrechten versuchen seit geraumer Zeit selbsternannte Bürgerbewegungen wie „Pax Europa“, „Pro Deutschland“ oder Weblogs wie pi-news einen rassistischen Konsens nicht nur in Berlin gesellschaftsfähig zu machen. Zusammen mit rassistischen Parteien wie Vlaams Belang, Wilders Partei PVV, Lega Nord, FPÖ sowie mit Moscheegegner_innen wie der „Interessengemeinschaft Pankow-Heinersdorfer Bürger“ (IPAHB) hetzen sie gegen Migrant_innen und fantasieren den Untergang des „christlich-jüdischen Abendlandes“ durch eine „schleichende Islamisierung“ Europas herbei. Ihr Konstrukt eines exklusiv „christlich-jüdischen Abendlandes“ zielt mit rassistischen Argumenten darauf ab, über das Feindbild Islam Migrant_innen auszugrenzen. Sozioökonomische und politische Aspekte werden als kaum zu überwindende kulturelle Modelle verschleiert und der Islam als eine Art Vehikel benutzt, um soziale Ausgrenzung, Diskriminierung und Sicherheitswahn mit dem Grundrechteabbau zu legitimieren. Dabei scheuen sie genauso wenig wie Wilders davor zurück, den Koran mit Hitlers „Mein Kampf“ oder den Islam mit dem NS-Regime gleichzusetzen und damit de facto Muslima und Muslime in die Nähe von Nazis zu stellen. Die besondere Hervorhebung von Jüdinnen und Juden wie auch von Symbolen Israels kann nicht als Begründung dafür herhalten, dass es sich bei ihrer rechtspopulistischen Propaganda nicht um Rassismus insbesondere gegen Muslima und Muslime und im Allgemeinen gegen Menschen mit Migrationshintergrund handelt.

Das Bündnis, arbeitet darauf hin, diesen Rechtspopulist_innen und Rassist_innen jedwedes Podium aber auch jede mögliche Stimme bei den Wahlen 2011 in Berlin zu entziehen. Deshalb halten wir das Einreiseverbot von Wilders für ein wichtiges politisches Zeichen. Wir sind der Meinung, wir müssen über Rassismus reden, auch auf Podien, aber dazu brauchen wir dort keine Rassist_innen - auch nicht versteckt hinter einer angeblichen Meinungsfreiheitsdebatte. Das gilt insbesondere bezogen auf die derzeitige Debatte um das rassistische und sozialdarwinistische Pamphlet von Thilo Sarrazin. Ob Wilders, Sarrazin, „Pro Deutschland“, „Pax Europa“ oder pi-news - allen ist gemein, dass sie ganze Bevölkerungsgruppen pauschalisierend stigmatisieren, diskriminieren und kriminalisieren.

Es wird endlich Zeit zu handeln, wenn die Bundesregierung ihre Aufrufe zur Zivilcourage selbst ernst nehmen und ihrer Vorbildfunktion gerecht werden will. Es gilt, breit vorhandenen Vorurteilen, Ressentiments und Ängsten, die Rechtspopulist_innen, Rassist_innen und Neonazis ausnutzen und schüren sowie zur Ausgrenzung von Menschen benutzen wollen, entschieden entgegenzutreten. Ein Einreiseverbot für Wilders wäre dazu ein deutliches Signal. Die bereits in Planung befindlichen Proteste des

Bündnisses gegen die angekündigte Veranstaltung von „Pax Europa“ und „pi-news“, ob mit oder ohne Teilnahme Wilders`, zu unterstützen, wäre der nächste Schritt.

Unseren Aufruf finden Sie im Anhang dieser Mail.

Mit freundlichen Grüßen
Bündnis „Rechtspopulismus stoppen“
<http://rechtspopulismusstoppen.blogspot.de/>
c/o Dirk Stegemann (Sprecher)
Tel.: 0177 176 86 33